



PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT



skei



Europapolitisches Manifest der Gewerkschaften des Wiener Memorandums

15 Punkte für ein soziales Europa

1. Wir setzen uns für ein **freies, demokratisches und solidarisches Europa** ein. Wir brauchen die EU, um die Arbeits- und Lebensbedingungen der Beschäftigten in Europa zu verbessern und anzugleichen. Deshalb **treten wir rechtspopulistischen Positionen entgegen**, die die Zusammenarbeit in Europa zerstören wollen. Wir wollen ein soziales Europa und rufen die Beschäftigten auf, sich in diesem Sinne an den Europawahlen vom 23. – 26. Mai zu beteiligen.
2. Um die Unterstützung der Bürger zurückzuerlangen, muss Europa in Zukunft mehr sein als ein reiner Binnenmarkt. Europa muss zu einer **Sozialunion** weiterentwickelt werden, die wirtschaftliche Umbrüche im Sinne der Beschäftigten gestaltet, soziale Haltelinien einzieht und gute Arbeit für Beschäftigte europaweit gestaltet.
3. Wir plädieren für einen **sozialen Stabilitätspakt**, der Mindestbedingungen für den sozialen Schutz formuliert. Diese Mindestbedingungen sollen für alle Beschäftigten gelten, unabhängig von ihrem Arbeitsverhältnis. Die unterschiedlichen Ausgangsniveaus in den alten und neuen EU-Ländern sollen berücksichtigt werden. Als Äquivalent zum Defizitverfahren des Stabilitäts- und Wachstumspakts kann ein **Verfahren gegen soziale Ungleichgewichte** dem Ziel soziale Sicherheit mehr Gewicht verleihen.
4. Die **sozialen Grundrechte** sollen in Europa Verfassungsrang erhalten.
5. Der Wettbewerb in Europa darf nicht über Billiglöhne stattfinden. Mit einer **Angleichung der Lohnniveaus** der Länder kann eine Abwärtsspirale bei den Löhnen verhindert werden. Wir rufen die Regierungen auf, mit **höheren Mindestlöhnen** überall einen angemessenen Lebensstandard zu gewährleisten. Die Politik soll qualitativ hochwertige Arbeit fördern, prekäre Beschäftigung eindämmen und Leiharbeit begrenzen. Gleiches Entgelt für gleiche Arbeit am gleichen Arbeitsplatz muss EU-Standard werden, auch um sinkende Löhne durch Migration zu verhindern.
6. **Angriffe auf die Tarifautonomie sowie die Arbeitsmarkt- und Sozialsysteme müssen beendet werden.** Durch eine solche Politik haben die Europäische Kommission, die Euro-



PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT



skei



päische Zentralbank und der Internationale Währungsfonds („Troika“) zuletzt das europäische Sozialmodell in Frage gestellt. In der Folge ist die Unterstützung der Bürger für das Projekt Europa gesunken.

Träger einer nachfrageorientierten Lohnpolitik sind allein die Gewerkschaften. Wir setzen uns ein für einen Ausbau der europäischen Koordinierung der Tarifpolitik. Die EU muss einen rechtlichen Rahmen setzen, der das ermöglicht. Ebenso fordern wir von der Politik, diese Rolle der Gewerkschaften zu fördern durch eine **Stärkung von Tarifautonomie und Tarifbindung**.

7. Die Beschäftigten in Europa leiden seit Jahren unter einer zunehmenden **Flexibilisierung ihrer Arbeitszeiten** und Verdichtung ihrer Arbeit. Wir verurteilen Gesetzgebungen wie das sogenannte **„Sklavengesetz“ in Ungarn**, weil es die Ausbeutung von Beschäftigten legalisiert. Um dem entgegenzuwirken, brauchen wir **bessere und wirksame Schutzvorschriften** für Beschäftigte. Dazu gehören die Begrenzung von Arbeitszeiten und die Festlegung von Ruhezeiten. Damit fördern wir den Gesundheitsschutz und eine bessere Vereinbarkeit von Beruf und Privatleben. Mit gemeinsamen **europäischen Standards** muss die EU verhindern, dass der Wettbewerb über immer längere Arbeitszeiten ausgetragen wird. Produktivitätsfortschritte durch die Digitalisierung können auch für die Reduzierung von Arbeitszeit genutzt werden.
8. Alle Länder Europas müssen mit einem **solidarischen Pensionssystem** allen Beschäftigten ein gutes Leben im Alter ermöglichen. Ziel muss sein, **Altersarmut zu verhindern**. Eine Grundsicherung im Alter soll ein existenzsicherndes Rentenniveau garantieren. Beschäftigte, die körperlich schwere Arbeit verrichten, müssen die Möglichkeit haben, früher in Rente zu gehen, ohne ihre vollen Rentenansprüche zu verlieren.
9. Wir brauchen **eine aktive, koordinierte und demokratisch legitimierte Branchen- und Industriepolitik** der EU. Mit einer staatlichen Investitionspolitik soll der ökologische Umbau der Gesellschaft gefördert werden. Dafür brauchen wir Anreize für private Investitionen in Bildung, Qualifikation, Forschung und Entwicklung sowie in Infrastruktur. Gestärkte europäische Strukturfonds sollen das Ziel verfolgen, regionalen Disparitäten und sozialer Spaltung wirksam entgegenzutreten.



PRO-GE
DIE PRODUKTIONSGEWERKSCHAFT



skei



10. Speziell in der **Autoindustrie** ist eine **abgestimmte europäische Industriepolitik** nötig, um massive Investitionen in neue Technologien anzustoßen. Die europäische Autoindustrie hat langfristig nur eine Zukunft, wenn sie auch bei den Zukunftstechnologien führend wird. Politik und Unternehmen sind in der Verantwortung, den Wandel der Autoindustrie gemeinsam mit den **Beschäftigten** so zu gestalten, dass sie **nicht zu Verlierern des Wandels werden**.
11. Die **Digitalisierung** wird die Arbeitswelt massiv verändern. Sie kann und muss so gestaltet werden, dass sie zu einer besseren Qualität der Arbeitsplätze beiträgt. Qualifizierung und Weiterbildung der Beschäftigten sind dafür zentral. Wir fordern in der EU ein persönliches **Recht auf bezahlte Weiterbildung**.
12. Demokratie muss auch am Arbeitsplatz Realität werden. Wir fordern eine **Ausweitung und Stärkung der Mitbestimmung** auf europäischer Ebene. Dazu gehören Verbesserungen der Richtlinie für Europäische Betriebsräte. Wir brauchen eine **europäische Rahmenrichtlinie**, die hohe Standards zu Unterrichtung und Anhörung sowie ehrgeizige Mindeststandards zur Unternehmensmitbestimmung setzt.
13. Der europäische **Sozialpartnerdialog** muss gestärkt und ausgebaut werden. Die Arbeitgeber fordern wir auf, ihre Blockadehaltung der letzten Jahre aufzugeben. Die Kommission fordern wir auf, die Rechte der Sozialpartner zu stärken. Arbeitnehmervertreter brauchen mehr Beteiligungsmöglichkeiten im Sozialpartnerdialog.
14. Die EU braucht eine **gemeinsame Steuerpolitik**, um einem Wettlauf um niedrigere Unternehmenssteuern entgegenzuwirken. Eine einheitliche europäische Mindestbesteuerung könnte ein geeignetes Instrument sein.
15. Wir brauchen **eine demokratischere EU** und demokratischere Entscheidungsprozesse, in denen das Europäische Parlament eine starke Rolle spielt. Das Parlament soll das Initiativrecht im Gesetzgebungsprozess erhalten und die Kommissare wählen. So wird die EU insgesamt demokratischer und transparenter.

Budapest, 21. März 2019

IG Metall (Bayern), PRO-GE (Österreich), OS KOVO (Tschechische Republik),
OZ KOVO (Slowakische Republik), SKEI (Slowenien), VASAS (Ungarn)